

03. April 2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

da scheinbar einige Unklarheiten über die studentische Position bzgl. der Verwendung von Studienbeiträgen bei Bauvorhaben existieren, sehen wir uns veranlasst, hier noch einmal unsere Position deutlich zu machen.

Auch wir sind uns dem Problem der überfüllten Seminarräume (in einigen Fachbereichen) bewusst. Allerdings vertreten wir die Meinung, dass von Seiten der Universitätsleitung noch längst nicht alle Kapazitäten, Möglichkeiten und Alternativen ausgeschöpft wurden.

Allerdings muss gesagt werden, dass uns die Art der Diskussionsführung irritiert. Niemand konnte bisher darlegen, wofür genau ein Neubau benötigt wird: ist es ein Funktionsbau oder ein Prestigeobjekt?

In einem Gespräch zwischen studentischen Vertretern und der Verwaltung wurde u.a. eine nur 50%ige Auslastungsquote erwähnt, die durch noch zu erfolgende Optimierungen in der Raumnutzung auf ein annehmbares Niveau von bis zu 80% angehoben werden soll und vor allem kann. Dafür müssen zukünftig die bekannten „Erbhöfe“ abgeschafft werden, damit hier eine echte Chance besteht, dass Räume nach der zu erwartenden Auslastung einer Veranstaltung vergeben werden können. Einer Finanzierung eines „intelligenten“ Systems und einer Stelle die dieses bedient stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Auch die Belegung der Randzeiten darf nicht länger eine Ausnahme sein: Lehrzeit ist von 8 Uhr bis 20 Uhr.

Neben der Nutzung aller uns zur Verfügung stehenden Räume an den Campi haben wir uns von studentischer Seite ebenfalls Gedanken über eine potenzielle Anmietung von Räumen gemacht und bereits bei einigen Stellen, so z.B. den Weststadthallen in Essen, angefragt. Die notwendigen Daten zu den Flächen, bei

denen eine Anmietung grundsätzlich sinnvoll erscheint, haben wir der Verwaltung bereits mitgeteilt. Aus studentischer Perspektive sind diese o.a. Maßnahmen vor jeder Überlegung, Neubauten aus Studienbeiträgen zu finanzieren, gründlich zu überprüfen. Leider sind solche Überlegungen in der Vergangenheit nicht angestellt und auch Argumente und Anregungen aus der Studierendenschaft nicht aufgenommen worden. Auch zum Thema studentische Arbeitsflächen wurden eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die es verdienen berücksichtigt zu werden. Auch zwei weitere Fragen bleiben für uns bisher unbeantwortet und scheinen nicht bedacht worden zu sein:

- Hat es ernsthafte Überlegungen zu einem Privat-Public-Partnership-Modell gegeben?
- Hat es ernsthafte Gespräche mit der jeweiligen Stadt gegeben?

Wir sind der Meinung, dass weder Essen noch Duisburg bisher Wert darauf gelegt haben, als Universitätsstädte zu gelten und stadtplanerische Maßnahmen unbedacht durchgeführt wurden. Die Universität sollte sich dafür stark machen, dass die Campi in den beiden Städten auch wahrgenommen werden und die Kommunen bereit sind, Geld in die Hand zu nehmen um Stadt und Uni einander näher zu bringen.

Ferner dürfen zwei Argumente mit strategischer Bedeutung keinesfalls bei der Planung vernachlässigt werden:

Zum einen würde ein Neubau die Studienbeiträge einiger Jahre verschlingen, da er nicht mit den zentralen Mitteln eines Haushaltsjahres, auch nicht den Mitteln von zwei Jahren machbar wäre. In Anbetracht der Tatsache, dass bei einem möglichen Regierungswechsel 2009 die Studienbeiträge abgeschafft werden könnte wäre dies schon ein gewagtes Unterfangen.

Aber selbst wenn die Studienbeiträge nicht abgeschafft würden, so würde sich die Universität auf Jahrzehnte mit den Unterhaltungskosten verpflichten. Das Argument der erhöhten Studienanfängerzahlen in den nächsten paar Jahren fällt hier nicht ins Gewicht, da dies nur eine temporäre Angelegenheit ist.

Zum Schluss noch ein Argument, dass sich insbesondere die Hochschulleitung zu eigen machen sollte: Der Ausbau von Hochschulen ist im Sinne des Grundgesetzes eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Ferner müssen Hochschulen als „*vom Land getragene ... Körperschaften öffentlichen*

*Rechts*" (HFG) ihre Ansprüche auf eine ausreichend gesicherte räumliche Infrastruktur auch unter erschwerten Bedingungen gegenüber der Politik geltend machen.

Wir hoffen, Missverständnisse, wie sie im Laufe der letzten Wochen durch Kommunikationsschwierigkeiten o.ä. entstanden sein könnten, nun beseitigt zu haben.

Mit freundlichen Grüßen,

Bela Bucher, Agnes Niersmann, Pascal Geißler, Patrick Hintze, Gerrit Hübbers,  
Sarah Stockmann